

PROTOKOLL des 1. Landesschülerparlaments 2013/2014

01. - 03.11.2013 im Kieler Landtag

Anwesenheit: 62 Delegierte zzgl. Stellvertreter, Nicht-Delegierte, Gäste (Details siehe Anwesenheitsliste)

Sitzungsleitung:

Der Landesvorstand (LaVo) – im Folgenden nur mit den Vornamen bezeichnet:

Lukas Johnsen (LSSpr), Florian Lienau (1. stv. LSSpr), Jeanette Bartsch (stv. LSSpr'), Janina Thomsen (stv. LSSpr'), Niklas Heesch (stv. LSSpr), Sönne Jensen (stv. LSSpr), Till Weber (stv. LSSpr), Brian Zube (stv. LSSpr), Jann Karrasch (kooptiertes Mitglied im LaVo), Michel Schröder (kooptiertes Mitglied im LaVo)

Protokollführung: [IM EINZELNEN ANGEGEBEN]

FREITAG, 01.11.2013

--- Beginn: 14:04 Uhr ---

TOP 1: Begrüßung und Bürokratisches

[SÖNNE]

Lukas begrüßt alle Anwesenden.

Lukas stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht versendet wurde, weist auf die vorliegenden Sitzungsdokumente hin und erläutert diese kurz (Infomappe mit Tagesordnung, Protokoll der letzten Sitzung, Anträgen, Geschäfts- und Wahlordnung und Zusatzinformationen; Tätigkeits- und Finanzbericht; Grundsatzprogramm; LaVo-Vorstellungsflyer). Verständnisfragen würden jederzeit gerne beantwortet werden.

--- Anwesende Delegierte: 56 ---

Das **Protokoll des vergangenen LSPs** wird **bei drei Enthaltungen angenommen**.

Die **Tagesordnung** wird von Lukas vorgestellt und **bei 1 Enthaltung genehmigt**.

Lukas teilt den Anwesenden mit, dass innerhalb des Plenarsaals nur das Trinken von Wasser gestattet ist. Der LaVo stellt sich vor.

TOP 2: Grußwort des 1. Landtagsvizepräsidenten Bernd Heinemann

Bernd Heinemann, 1. Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages begrüßt die Landesschülervertreter im Landeshaus und wünscht ein erfolgreiches LSP.

TOP 3: Vorstellung der LSV-Struktur

[FLORIAN]

Niklas stellt den Aufbau der LSV in Schleswig-Holstein anhand des Organigramms vor. Sönne informiert über die Arbeit im LaVo.

TOP 4: Kleingruppenarbeit I – Kennenlernen und Vorbereitung des Besuchs der Ministerin

Jann erklärt das Gruppeneinteilungsverfahren anhand der sich unter den Tischen befindlichen, farbigen Zettel. Anschließend findet die Kleingruppenarbeit statt, in der die Gruppenmitglieder sich besser kennenlernen und gemeinsam Fragen für den Besuch der Ministerin erarbeiten.

TOP 5: Vorstellung der Initiative „Bildung braucht“ entfällt, da die Referenten nicht anwesend sind.

TOP 9: Vorstellung und Genehmigung des Tätigkeits- und Finanzberichts wird vorgezogen. [NIKLAS]

Florian stellt den Tätigkeitsbericht vor.

Marten Pukrop (Gymnasium Trittau) fragt, warum nicht mit der FDP-Fraktion gesprochen und warum von der CDU-Fraktion keine Stellungnahme der LSV zum Antrag zu Handydetektoren erbeten worden sei.

→ Florian antwortet, dass es nicht möglich gewesen sei, mit der FDP-Fraktion einen gemeinsamen Termin zu finden, und dass er auch nicht wisse, warum die CDU-Fraktion nicht zur Stellungnahme gebeten hätte.

Florian stellt den Finanzbericht vor.

Johannes Busch (Carl-Jacob-Burkhardt-Gymnasium Lübeck) fragt, welche Kosten im Punkt „LVL“ verbucht seien.

Tanwir Farid (Otto-Hahn-Gymnasium Geesthacht) fragt, wie sich die Reisekosten des Vorstandes zusammensetzten und warum die LSV nicht selbst über ihren Etat verfügen könne.

→ Florian antwortet, dass im Punkt „LVL“ die Reisekosten der LVL verbucht seien und dass die LSV nicht selbst über ihren Etat verfügen könne, weil das Land Schleswig-Holstein bzw. das Ministerium für Bildung und Wissenschaft dieses so vorgäben.

Florian stellt den Ausblick auf die kommenden Monate vor.

--- Anwesende Delegierte: 62 ---

Der **Tätigkeitsbericht** wird **bei zwei Enthaltungen angenommen**.

Der **Finanzbericht** wird **bei sechs Enthaltungen angenommen**.

--- Pause von 15:50 Uhr bis 16:30 Uhr ---

TOP 6: Vorstellung der LSV-Fotokampagne „SV-Arbeit lohnt sich“ [JEANETTE]

Brian und Michel erläutern das Prozedere der Fotokampagne und zeigen einige Beispiele.

Brian erklärt, dass die einzelnen Plakate auch auf die LSV-Seite und alle Plakate den Schulen, deren Delegierte teilgenommen haben, als PDFs zur Verfügung gestellt würden.

TOP 7: Besuch der Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud ‚Wara‘ Wende

Frau Prof. Dr. Wende begrüßt die anwesenden Schülerinnen und Schüler und beginnt mit ihrem Vortrag. Anschließend stellen die Gruppen nacheinander die Fragen, die sie in der vorangegangenen Kleingruppenphase erarbeitet haben.

Die schwarze Gruppe fragt, warum in der Schule wegen der Rechtschreibung so hohe Abstriche in der

Notengebung gemacht würden.

→ Frau Wende antwortet, dass die Rechtschreibung heutzutage beruflich immer noch sehr wichtig wäre, z.B. bei Bewerbungen. Doch ihrer Meinung nach wandle sich die Schriftsprache im Zuge von SMS und Internet und sie plädiere dafür, die Rechtschreibung dem anzupassen. Doch das wäre im Moment kontraproduktiv, da dieser Wandel noch nicht vollends in der Gesellschaft angekommen wäre.

Die rote Gruppe möchte wissen, wie sich die großen Unterschiede in der Schulausstattung in SH angleichen lassen könnten.

→ Die Ministerin stellt fest, dass man, bevor man etwas angleichen könne, erst einmal feststellen müsse, wie eine gut ausgestattete Schule, sowohl in Technik als auch in Personal, überhaupt aussehe. Das erarbeite sie gerade mit der Sozialministerin und es gebe nächstes Jahr einen konkreten Vorschlag. Zudem müssten auch die Schülerinnen und Schüler in ihren Kommunen „Druck machen“, da diese für die Gelder an Schulen zuständig sind.

Die Frage der pinken Gruppe ist, warum es ein Einheitsabi in ganz Deutschland geben solle, obwohl es in den Bundesländern verschiedene Schulsysteme gäbe.

→ Das gleiche Abitur mehrerer Bundesländer solle man nicht Einheitsabi nennen, denn die Schülerinnen und Schüler sollen lediglich die gleichen Aufgaben bearbeiten. Doch die Kompetenzstandards sollen überall im gleichen Maß erlernt werden. Dafür werde es bald einen Aufgabenpool aus Berlin geben, der diesen Standards entspreche, aus dem die Bundesländer ihre Abituraufgaben selbst auswählen können.

Gruppe Lila möchte wissen, welche positiven Aspekte die Ministerin am Gymnasium sähe.

→ Zunächst stellt Frau Wende klar, dass das Gymnasium, wenn sie daran keine positiven Aspekte sähe, nicht erhalten bleiben würde. Es solle in SH zwei Stränge im Schulsystem geben: die Gemeinschaftsschulen und die Gymnasien. Dabei bieten die Gymnasien G8 an, da sie die leistungsstarken Schülerinnen Schüler aufnehmen sollen und stärker abiturorientiert seien. Die Gemeinschaftsschulen seien eher für leistungsschwächere Kinder und für diejenigen, die kein Abitur anstreben würden. Für die richtigen Schulartempfehlungen müsse ein Kriterienkatalog mit den Stärken und Schwächen der beiden Schularten entworfen werden, um optimale Empfehlungen abgeben zu können.

Lukas begrüßt die inzwischen eingetroffenen Vertreter der dänischen LSV und einige ehemalige Vorstandsmitglieder.

Die blaue Gruppe fragt sich, wie eine ausreichende Menge an Studienplätzen an Unis und FHs für den Doppeljahrgang sichergestellt werden sollen.

→ Frau Wende antwortet, dass durch einen Pakt zwischen den Bundesländern viele zusätzliche Studienplätze eingerichtet werden können, es seien auch Unterstützungsgelder, unter anderem von den früheren Doppeljahrgängen, übrig, mit denen man arbeiten könne. Sie hofft auf eine zukünftig bessere Kooperation zwischen den Bundesländern, was den Wegfall des Kooperationsverbotes bedeuten würde.

Die gelbe Gruppe hat eine Nachfrage bezüglich Frau Wendes Anfangsrede: „Wie soll man eine bessere Einzelförderung der Schülerinnen und Schüler und die Etatkürzungen unter einen Hut bringen?“

→ Die Ministerin bestätigt, dass das nur schwer möglich sei. Es gebe eine Schuldenbremse in SH, die man unbedingt in allen Bereichen einhalten müsse. Damit ab 2020 keine neuen Schulden mehr gemacht werden können, müsse jeder sparen. Dadurch sei man auch gezwungen, Lehrerstellen

abzubauen, obwohl das nicht ihrem Willen entspräche.

→ Lukas fragt nach, wie die Situation des Vertretungsfonds geregelt werden solle.

→ Es sollen demnächst 300 feste Lehrerstellen eingerichtet werden. Das sei sinnvoller als nur Vertreter mit Zeitverträgen einzustellen. Bisher habe der Vertretungsfond immer gereicht, da solle man lieber sicherstellen, dass der Unterricht überhaupt stattfinden könne. Außerdem gebe es bald eine „Vertretungsfeuerwehr“, also feste Stellen, die nur für Vertretungsunterricht zuständig sind. Zudem solle Pensionären bzw. Senioren die Chance geboten werden, weiter zu unterrichten, falls sie dies wollen. Im Allgemeinen müssten vor allem die MINT-Fächer unterstützt werden, so werden Anwärter für solche Fächer etwa sofort feste Planstellen zugewiesen bekommen.

Orange möchte wissen, warum die Ministerin Gespräche mit bestimmten Gremien ablehne. Bezogen ist dies auf einen Artikel, laut dem sie mehrmals Gespräche mit der IVL ablehnte.

→ Frau Wende sagt, dass das so nicht stimme, denn sie hätte gerne mit der IVL ein Gespräch geführt, doch waren die vorgeschlagenen Termine einfach nicht mehr verfügbar. Es gab zu diesen Zeitpunkten wichtigere Termine, die sie eher wahrnehmen musste.

Die grüne Gruppe meint, aus der G8/G9-Umfrage, die die LSV und der LEB durchgeführt haben, gehe hervor, dass sowohl G8- als auch G9-Schüler physische Beeinträchtigungen vom schulischen Stress erleiden, und fragt, was man dagegen tun solle.

→ Frau Wende antwortet, dass sie nicht wisse, wie sie dagegen vorgehen könne. Man müsse das erst genau analysieren. Vielleicht liege es am Leistungsdruck und Konkurrenzdenken der heutigen Zeit und vor allem oft am Druck seitens der Eltern. Abitur sei nicht das Allheilmittel, es wäre auch kein Problem für ein Kind, wenn es einen Realschulabschluss mache, das müsse man den Eltern begreiflich machen. Ein soziologischer Grund für dieses elterliche Verhalten könne sein, dass durch die Akademisierung der Gesellschaft in den letzten 20 Jahren die Erwachsenen Angst haben, ihre Kinder könnten das Abitur nicht schaffen. Denn das könne den Stand der Familie verringern. Hiermit spricht die Ministerin eine Bitte aus: „Seid gelassen und gebt den Kindern eine glückliche Kindheit, denn das ist genauso viel wert wie eine 1 in Mathe.“

Die schwarze Gruppe interessiert, warum man die Abiturienten ihr Abifächer schon am Anfang des Jahres wählen müssen.

→ Dazu kann die Ministerin im Moment nichts sagen, die Antwort wird nachgereicht.

Die rote Gruppe berichtet, dass es im Deutschvorabi eine Aufgabe zu einem Thema gab, das gar nicht als Themenkorridor vorgesehen war. Wie konnte das passieren?

→ Frau Wende entschuldigt sich für diesen Fehler, er werde, wenn möglich, nicht noch einmal vorkommen.

Gruppe Pink möchte wissen, wie man das Lehramt schmackhafter machen könne, um dem Lehrkräftemangel entgegenzugehen.

→ Man müsse den jungen Leuten zeigen, wie spannend das Lehramt sein kann, wie abwechslungsreich und auch verjüngend. Dazu solle es in den nächsten Jahren öffentliche Vorlesungen geben, um zu zeigen, wie die Schule sich in den letzten Jahren entwickelt hat.

Außerdem sollen die Professoren an den Unis eine größere Fürsorgepflicht bekommen, damit nicht mehr so viele Menschen das Studium abbrechen.

Die lila Gruppe wüsste gern, warum man vier Vorabiklausuren schreiben muss, obgleich man nur drei schriftliche Abiturprüfungen hat.

→ Diese Antwort wird nachgereicht.

Blau fragt, warum die Vorabiklausuren nur vier Stunden dauern.

→ Die Ministerin sagt, es sei nicht sinnvoll, die Klausuren so kurz zu schreiben. Zum nächsten Schuljahr werde diese Regelung wieder geändert.

Die gelbe Gruppe meint, Lehrer wüssten oft nicht, wie mit der Technik in der Schule umzugehen sei und ob man dafür verpflichtende Fortbildungen einführen könne.

→ Frau Wende antwortet, es gebe Fortbildungen vom IQSH, die Lehrer besuchen könnten. Wenn eine Schule den Wunsch dazu habe, könne sich auch der gesamte Lehrkörper anmelden, um die Fortbildung vor Ort durchzuführen. Außerdem soll ein Pflichtmodul Medienkompetenzen in Studium und Referendariat eingeführt werden.

Gruppe Blau fragt sich, warum man im gesellschaftswissenschaftlichen Profil mehr Naturwissenschaften als Profil- bzw. Profil-ergänzende Fächer habe.

→ Diese Antwort wird nachgereicht.

Grün fragt, warum man die Vorabiklausur im Mathe schreiben muss, wenn man sie nicht im Abi schreibt.

→ Diese Frage wurde schon gestellt, als der Fragesteller, gerade draußen war. Die Antwort wird weiterhin nachgereicht.

Lukas möchte hinzufügen, dass die Ministerin den Numerus Clausus ablehnt und lieber Einstellungstests an den Unis sähe.

→ Sie sagt dazu, dass jemand mit einem Schnitt von 1,0 kein besserer Arzt sein müsse als jemand mit 3,0. Doch der Schnitt sei ein wichtiger Bestandteil der Aufnahmeprüfung und das ließe sich nicht so leicht ändern.

Rot fragt, wie das Ministerium zu Medienverboten stehe.

→ Frau Wende sagt, die Medienangst in den Schulen müsse bekämpft werden, dazu müssen Dinge wie z.B. Facebook unbedingt behandelt werden.

Die lila Gruppe möchte wissen, warum man, wenn man im sprachlichen Profil ist, in einem NaWi- und einem GeWi-Fach Abitur schreiben muss.

→ Dabei ginge es, so Wende, um die Allgemeinbildung, die jeder erlangen müsse. Eine Idee, das ganze einzugrenzen, wäre, die Naturwissenschaften auf ein Fach zu begrenzen, so wie in den Gemeinschaftsschulen. Das sei gerade eine aktuelle Diskussion.

Gruppe Orange interessiert, wie man Kompetenzvermittlungen auf die Lehrpläne anpassen könne.

→ Dieses Thema werde gerade in den Lehrplänen überarbeitet und sei schon teilweise in den Curricula der Schulen enthalten. Man müsse genau analysieren, was man in den Lehrplänen weglassen könne, um diese Kompetenzen zu vermitteln.

Als nächstes fragt die grüne Gruppe, wie man die Kosten für Klassenfahrten so halten könne, dass alle mitfahren könnten.

→ Frau Wende sagt dazu, dass dieses Jahr noch nicht das ganze Budget aufgebraucht sei und dieses den Lehrern zukomme, damit diese ihre Fahrten nicht selbst bezahlen müssten. Außerdem regt sie an, dass es nicht immer zielführend sei, besonders exotische Ziele anzusteuern. Regionale Orte seien auch aufregend.

Zuletzt möchte Gruppe Gelb wissen, warum man dieses Jahr nach den mündlichen Prüfungen so wenig Zeit habe, sich zu orientieren und einzuschreiben, da diese sehr spät lägen.

→ Diese Antwort wird nachgereicht.

Lukas dankt der Ministerin für ihre Antworten und die Mühe.

Sie bedankt sich ebenfalls und schlägt vor, das nächste Mal von Anfang an zu diskutieren und nicht erst eine Eingangsrede zu halten.

TOP 8: Reflexion des Besuchs der Bildungsministerin

[NIKLAS]

Janina stellt die Fragen zur Reflexion an das Plenum. Die Delegierten können je nach Art der Antwort mit den grünen, gelben oder roten Kärtchen antworten. Grün steht für positiv, rot für negativ.

Frage 1: Waren die Antworten der Ministerin detailliert genug?

Ergebnis: 2x grün, rot und gelb sind gemischt.

Frage 2: Waren die Antworten verständlich?

Ergebnis: 4x gelb, Rest antwortet mit grün.

Frage 3: Waren die Antworten hoffnungsvoll?

Ergebnis: 5x rot, grün und gelb sind gemischt.

Als nächstes können die Delegierten direkt Feedback geben.

Johannes Busch (Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium Lübeck) regt an, in Zukunft eine bessere Abstimmung der Fragen vorzunehmen.

Marten Pukrop (Gymnasium Trittau) bittet zukünftig um eine längere Pause zwischen dem Sammeln der Fragen und dem Besuch der Ministerin.

Marthe Behrends (Alstergymnasium Henstedt-Ulzburg) meint, dass man sich lieber auf einen Themenbereich spezialisieren und eine offene Diskussion erzeugen sollte.

Peter Dennert (Alexander-Humboldt-Schule Neumünster) regt an, den Vortrag der Ministerin zu Beginn des Besuchs besser mit dem Leitthema abzustimmen.

Christoph Janke (Domschule Schleswig) regt an, themenspezifische Kleingruppen einzurichten.

Max-Frederik Löbel (Gymnasium Kaltenkirchen) stimmt einem Vorschlag nicht zu, der vorsieht, dass die Redezeit der Ministerin pro Frage begrenzt wird.

TOP 10: Vorstellung von JEF SH

Entfällt aufgrund von Krankheit.

TOP 11: Vorstellung Talented e.V

Torben Stallbaum stellt die Organisation Talented vor.

Torben erfragt welche Kosten durch eine Veranstaltung von Talented für die Sven vor Ort entstehen.

Torben S. antwortet, dass für die Sven keine Kosten entstehen.

Christoph erfragt, wodurch sich Talented finanziert.

Torben S. antwortet, dass die Finanzierung mittlerweile durch überregionale und bald auch durch Fördermittel des Bundes gewährleistet wird.

- TAGUNGSENDE -

SAMSTAG, 02.11.2013

TOP 12: Erneute Begrüßung

[MICHEL]

Lukas begrüßt die Anwesenden um 9:38 Uhr zum zweiten Tag der Tagung.

TOP 13: Fishbowldiskussion

Lukas begrüßt die für die Diskussionsrunde geladenen Gäste und erklärt das Prozedere einer Fishbowldiskussion. Auf die Nachfrage, ob die Idee des vakanten Platzes, der durch Schülervertreter besetzt werden kann, gewünscht ist, wird entschieden, dass man doch mit Mikrofonen herumgehen wird.

Es stellen sich der Reihe nach Ernst-Dieter Rossmann MdB (SPD), Eckehard Klug MdL (FDP), Dr. Murmann MdB (CDU) und Jörn Ahmling (JEF) vor, wobei Letzterer auch noch kurz die Jungen Europäischen Föderalisten vorstellt.

Als erstes bittet Lukas die Gäste ein Statement zu Inklusion abzugeben. Herr Rossmann fängt an und beschreibt zwei Grundsätze: Jeder Mensch sei verschieden, weswegen es die Pflicht eines jeden sei, miteinander zu leben. Inklusion beschreibt für ihn die Mühe danach, immer wieder gemeinsame Wege zu finden.

Herr Klug beschreibt Inklusion als zweiter Redner als Integration von Menschen mit Behinderungen, statt diese in eigene Systeme auszugliedern. Natürlich seien die Bedingungen für Inklusion sehr verschieden, weswegen genauere Differenzierung mehr Zeit benötige, die er in der ersten Runde nicht habe. Seiner Meinung nach biete das Schulsystem noch keine guten Ansätze um psychisch gestörte Schüler besser zu handeln.

Herr Murmann konstatiert, dass Eltern das Bedürfnis hätten, dass ihre Kinder individuell die besten Möglichkeiten in der Schule haben, um gute Leistungen herauszuholen. Er stellt die Frage, wie wir es schaffen, dass jeder durch die Verschiedenheit vom anderen etwas mitnehmen kann, ans Ende.

Herr Ahmling nennt Inklusion ein pädagogisches Konzept. Er hält es persönlich für richtig, es im Unterricht durchzusetzen. Für ihn ist Inklusion auch die Integration verschiedener Geschlechter, Ethnien, etc. Ahmling glaubt nicht, dass die Leistung des einzelnen darunter leiden. Laut Statistiken sei Deutschland aus europäischer Sicht gut dabei.

Lukas spricht Herrn Rossmann auf seine Forderung nach 100% Inklusion an.

Er habe bewusst von Vielfalt geredet in seinem ersten Beitrag. Er konstatiert, dass wir unsere Geisteshaltung ändern müssten, denn Verschiedenheit bedeutet zwar Einschränkung, aber jeder hat die gleichen Rechte und muss diese wahrnehmen können.

Vor einiger Zeit sei es undenkbar gewesen, Inklusion in Schul- und Arbeitswelt zu integrieren. Rossmann hofft und denkt, dass es weitergehen wird. Er plädiert dafür, Versuche zu wagen, die Prozesse dahinter werden entscheiden.

Klug ergänzt zu seinem ersten Statement, dass es die Rechte von Behinderten bezogen war. Er gesteht ein, dass dies eine sehr enge Definition sei. Bei Diskussionen müsse man auf die Definitionen achten. Des Weiteren müsse das Elternrecht beachtet werden, da manche nicht wollen, dass ihr Kind inklusiv beschult wird.

Lukas bietet an, mit der ersten Delegiertenmeldung zu starten.

Henrike Stefan fragt Herrn Rossmann, ob es ein sinnvolles Konzept für 100% Inklusion gibt, da viele Betreuer und Lehrer sehr überfordert seien.

Rossmann antwortet, er möchte im Kopf 100% erreichen, auch wenn wir praktisch erst bei 20% seien, ist es wichtig im Kopf umzustellen. Man lerne durch Verschiedenheit.

Murmann ist der Meinung, es sei gut, wenn jemand neues in die Klasse kommt, man müsse aber beachten, dass die Leistung der anderen nicht eingeschränkt werden würde. Folgende Fragen seien für ihn wichtig: Wie soll man mit solchen Kindern umgehen? Wie kann man die Persönlichkeitsbildung jedes Einzelnen so voranbringen, dass er später glücklich wird?

Lukas bittet um Einzelbeispiele.

Torben bringt das Beispiel, dass ein Trisomie21-Kind (sog. Downsyndrom) in der neunten Klasse an seiner Schule beschult wird. Das Kind sei geistig auf Höhe eines Sechsjährigen. Außerdem fragt er Herrn Klug, der von „Störenfrieden“ sprach, wie das gemeint sei.

Klug antwortet, er meinte psychisch-soziale Störungen, die seien meist auf die Familie zurückzuführen. Lehrer sprächen durch alle Schularten das Problem an. Noch gibt es kein Instrumentarium für Schulen, wie man damit umgehen kann.

Rossmann geht auf Klugs Worte ein, er beschreibe nur die zwei Bereiche des Themas. Inklusion sei „akzeptieren können und müssen“, dass Menschen auf verschiedenen sozialen und körperlichen Niveaus befinden. Wie solle ein eingeschränkter Mensch inkludiert werden, wenn über ihn weg bestimmt wird. Schule sei nicht nur Lernraum, sondern auch Lebensraum.

Murmann konstatiert, Inklusion lohne sich dann, wenn das Lernziel der Gruppe 100 ist. Inklusion müsse man als Formel sehen und die Gruppe auf 101 bringen.

Ahmling bringt ein, dass Sonderpädagogische Hilfskräfte wichtig seien, um Inklusion zu gewährleisten; er fragt, wie die Finanzierung aussieht? Soll Inklusion in den Bundeshaushalt? Inklusion müsse konkret werden und nicht theoretische Metaebene bleiben.

Rossmann lobt die schwarz-gelbe Regierung, die mehr Geld in Lehrerbildung gesteckt hat, diese Mittel

müssten aber genutzt werden. Er fragt, ob Inklusion eine Frage des Geldes sein sollte.

Murmann nennt Inklusion eine Föderalismusdebatte, deren Frage sei, wie man das Problem löst. Föderalismus soll Teil einer Verhandlungsgruppe in den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU/SPD werden. Inklusion sei nichts, was man in einer Legislatur umsetzen könne.

Klug sagt, man könne bei viel gutem Willen auch das GG ändern, aber das wäre nur auf Zeit. Ohne GG-Änderung käme man laut Klug nicht weiter, die völkerrechtliche Verpflichtung, die der Bund eingegangen ist, muss umgesetzt werden.

Es folgt wieder eine Fragerunde:

Peter Dennart nennt ein Positivbeispiel: Ein Autist ist nun in Klasse acht, Kinder lernen viel zu persönlicher Entwicklung, alle seien sehr reif. Er fragt, warum Inklusion an ehemaligen IGS besser funktioniert, als an Gymnasien.

Klug antwortet, dass die IGS den Ansatz hatten, alle einzubeziehen. Dosierung macht den Unterschied, man darf die Lehrer nicht direkt überfordern.

Rossmann erzählt, er habe gute Erfahrungen zu seiner Schulzeit (1960-1968) mit Inklusion gemacht (Rollstuhlfahrer). Gymnasien machen sich nun auf den Weg, den inklusiven Ansatz einzubeziehen.

Lukas fragt Herrn Murmann, ob Inklusion ins Gymnasium gehört? (Murmann)

Murmann gibt an, Inklusion gehöre überall hin. Gymnasien würden gebraucht, um sehr begabten Schülern eine Plattform zu bieten.

Allesandra erzählt von einem Asbergerfall, der Schüler wurde vorher gemobbt, er war ein schwacher Schüler, der später von der Schule herunterging. Sie fragt nach, ob es Pflicht werden sollte, dass es gesagt werden muss, dass eine Beeinträchtigung vorhanden ist?

Murmann meint, Schulen sollten einen Nutzen daraus ziehen, dass jeder besondere Fähigkeiten hat. Es fordert aufgeklärteren Umgang mit Einschränkungen.

Ahmling sieht in Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Jeder muss Inklusion leben, denn Verschiedenheit ist natürlich. Inklusion ginge aber nicht von jetzt auf gleich.

Rossmann fordert Verständnis für Eltern, denn es sei ein längerer Prozess. Er stößt zum Nachdenken an, was für Produktivitätsansprüche haben die Gesellschaft an Menschen habe. Er zieht einen Vergleich zum Kommunismus und der NS-Diktatur. Man sollte unbefangene Leute kennenlernen, da man sonst im Umgang befangen wäre, wenn man sofort über Krankheit Bescheid wisse.

Frederike Spark erzählt von einem Musterbeispiel: Dem Schüler wird der Ranzen getragen, was ein gutes Beispiel ist, er bekommt auch viel Hilfe.

Ein Negativbeispiel sei ein Autist, der an der Schule gemobbt wurde.

Murmann fordert, die Debatte in der Schule zu führen.

Rossmann beschreibt den Prozess als intensive Debatte, er fordert, Eltern sollten weniger Angst haben und

man brauche offenere Schule.

Klug nennt Inklusion eine Querschnittsaufgabe. Er bringt das Beispiel: Grundschule und weiterführende Schule, denn gesellschaftlicher Zusammenhalt wird dort außerhalb des Unterrichts geübt.

Paul konstatiert, dass Legasthenie total integriert sei, Hochbegabung nicht gefördert werden würde, daraus folgen Schüler, die zusammenbrechen. Die Lehrer müssten lernen: nicht nur getestete Krankheiten können ein Problemherd sein.

Lukas erwähnt das Beispiel Kanada, wo man Filmkurse belegen konnte.

Rossmann hält dies für eine Sache der Bedingungen.

Klug konstatiert, dass beide Ansätze ihren Sinn hätten, er meint, man müsse Schulen fit machen verschiedene Angebote im Unterricht anzubieten. Das heutige Schulwesen biete verstärkte Möglichkeit, dass man ausgegrenzt wird.

Jona Grützers fragt, wie man sich es vorstellt, Menschen mit Behinderungen in den Unterricht einzugliedern. Des Weiteren möchte er wissen, woher die ganzen Betreuer kommen sollten.

Klug meint, Schüler mit Begabungspotenzial werden den Unterricht schaffen. Man dürfe das „Problem“ nicht überdramatisieren. Klug fordert ein Instrumentarium, womit Inklusion besser umsetzbar ist.

Rossmann konstatiert, Schulbegleiter seien wichtig. Wenn es wirklich Inklusion ist, betreue die Klassengemeinschaft, man brauche also keinen Betreuer, denn das ist keine Inklusion. Im Kopf müsse der Prozess stattfinden, damit es nachhaltig ist.

Ahmeling sagt, europäisch gesehen wünschen sich die JEF, dass der Subsidiaritätsgedanke gelebt werden würde. Entscheidungen, die auf internationaler Ebene besser getroffen werden könnten, sollten auch europäisch gelöst werden.

Abschließend mahnt Herr Rossmann, man solle unsere Werte beachten, denn wenn man den einzelnen Menschen sehe, bemerke man die Verschiedenheit.

TOP 14: Kleingruppenarbeit II

TOP 15: Anträge I

[MICHEL]

Delegiertenzählung: 61

--- **GO-Antrag auf Stehen während des Sprechens in der Diskussion** von Torben Reck (Eilun Fee Skuul) Gegenrede, Michel Schröder (TSS Husum): Die Stühle seien doch bequem und wir hätte doch Mikros. **Bei 21 Stimmen dafür und restlichen Gegenstimmen wird der GO-Antrag abgelehnt ---**

A1: Sonderregelung §4 (8) SchulG S-H | von: Christoph Janke (Domschule Schleswig)

Vorstellung des Antrags:

Christoph stellt seinen Antrag vor, der fordert, dass während besonderer Veranstaltungen Sekt, Bier u.ä.

ausgeschenkt werden dürfen.

Konkreter Antragstext mit Begründung siehe Antragsammlung (Anlage X).

Debatte:

Veljko spricht zuerst einen formellen Fehler an und fragt nach dem Ausschluss des hochprozentigen Alkohols. Könnte man damit das Jugendschutzgesetz einhalten?

Der Antragssteller antwortet, dass es mit der Beschränkung auf nicht hochprozentigen Alkohol einfacher sei, das Jugendschutzgesetz einzuhalten.

Tanvir Farid (Otto-Hahn) spricht von einem Gerichtsbeschluss von 2008, der besage, dass die auf nicht schulischem Gelände erlaubt sei. Doch die Schule müsse dies individuell entscheiden.

Michel spricht das Problem an, dass auch nicht Hochprozentiges zu Problemen führen könne. Weiterhin werfe dieser Antrag ein komisches Licht auf die LSV.

Johannes fragt vorerst nach der Regelung bei Klassenfahrten. Er denkt, dass in Schule das Lernen und kein Hedonismus vorherrschen sollte. Er spricht sich gegen den Antrag aus.

Julian spricht an, dass beispielsweise in Italien der Wein zum Essen dazugehöre. Außerdem möchte er noch etwas umformuliert haben.

Lauritz Figge spricht an, dass Mischungen insgesamt nicht mehr Alkohol enthalten als Bier, Wein o.ä. Der Missbrauch von Alkohol kann auch durch diese erfolgen.

Johanna Grapp gibt zu denken, dass keine Art von Haftung angesprochen werde.

Sönne bedenkt, dass der Antrag sehr schwammig formuliert sei. Was passiert, wenn unter Einfluss von Alkohol etwas geschehe? Dafür müsse logischerweise die SV verantwortlich sein.

Jonah Grüterz fragt, wie die Regelung mit dem JSG ausgelegt werde. Wird es Passkontrollen geben?

Der Antragssteller antwortet, dass Passkontrollen durchgeführt werden müssten.

Brian spricht Sönnes Ansatz nochmals an und sieht weiterhin den Ansatz im Unklaren.

--- **GO-Antrag auf Vertagung des Antrags auf die 2. Antragsphase** von Brian (TSS Husum), damit der Antragssteller seinen Antrag und den Ansatz nochmals überdenken kann.

Keine Gegenrede, GO-Antrag angenommen. Der Antrag wird auf die 2. Antragsphase verlegt. ---

A2: Rahmenbedingungen für gute Schule | von: Landesvorstand – vertreten durch Lukas Johnsen

Vorstellung des Antrags:

Lukas stellt den Antrag vor.

Konkreter Antragstext mit Begründung siehe Antragsammlung (Anlage X).

Lukas ergänzt seine zuvor eingereichte Begründung mündlich um folgende Aspekte:
Der Antrag entstünde auf der KT durch die Umfrageergebnisse von Eltern- und Schülervertretern.
Das Wichtigste sei die Ausgestaltung des aktuellen Systems. Das pädagogische Konzept solle nicht wieder verworfen werden, sondern solle unter Bestandsschutz gestellt werden. Uns sei die Strukturfrage zu gewichtig. Man solle sich um inhaltliche und didaktische Themen beschäftigen.

Debatte:

Lauritz Bege fragt Lukas, inwiefern die akute Belastung angegangen werden müsse.

Lukas antwortet darauf, dass die Überbelastung verringert werden müsse. Beispielsweise durch das Doppelstundensystem.

Christian Wenzke fragt, ob Lukas die Doppelstundenregelung fordere.

Lukas verneint jenes.

Tanvir hat eine Verständnisfrage und weist daraufhin, dass diese Formulierung irreführend sei.

Christian Meier fordert eine konkrete Zahl. (Z.18 des Antragstextes)

Lukas antwortet, dass wir das nicht vorgeben wollen würden.

Paul Sawanski spricht den inhaltlichen Aspekt des Antrags an. Er spricht von einer individuellen Entwicklung. Man solle sich auch individuell entweder in oder außerhalb der Schule weiterentwickeln können.

Florian sieht das Problem, dass dies für den Antrag nicht passend wäre.

**--- GO-Antrag auf sofortiger Abstimmung von Torben Reck (Eilun Fee Skuul)
Bei einer Mehrheit auf Sicht und 6 Gegenstimmen ist der GO-Antrag angenommen. ---**

--- GO-Antrag auf weitere Behandlung des TOPs von Tanvir (Otto-Hahn), da er gerade versucht, einen Änderungsantrag auf den Weg zu bringen. ---

Daraufhin zieht Torben seinen vorherigen GO-Antrag zurück und Tanvir kann seinen ÄA einbringen.

Änderungsanträge:

ÄA1.1: | von: Tanvir (Otto-Hahn)

„ersetze *diese* durch *ihre*“

Konkreter Antragstext mit Begründung siehe Antragssammlung (Anlage X).

Der Änderungsantrag wird vom Antragssteller übernommen.

Florian stellt fest, dass keine weiteren Änderungsanträge vorliegen und verliest abschließend die nun zur

Abstimmung stehende geänderte Fassung des Antrags:

Geänderter Antragstext mit Begründung siehe Antragsammlung (Anlage X).

Antrag A1 wird in der geänderten Fassung mit Mehrheit auf Sicht bei einer Gegenstimme und einer Enthaltungen angenommen.

A5: Schulartempfehlungen | von: Landesvorstand – vertreten durch Sönne Jensen

Vorstellung des Antrags:

Sönne stellt den Antrag vor, bemerkt aber, dass der Antrag noch Fehler enthalte. Daraufhin deutet Florian auf einen ÄA 5.1 an, der diese Fehler behebe.

Konkreter Antragstext mit Begründung siehe Antragsammlung (Anlage X).

Debatte:

Peter (Alexander-von-Humboldt) sieht einen inhaltlichen Widerspruch.

Peter versucht sich zu erklären, man versteht jetzt seinen Ansatz.

Frederike Schwack stimmt Beratungsgesprächen zu, aber es gebe falsche Einschätzungen und von der Schule hauptsächlich nur Werbung.

Paul Sawanski stellt den Sinn des Beratungsgesprächs in Frage, wie stelle Sönne sich das vor, wobei die Angestellten dafür fehlen würden?

Sönne weist auf den utopischen Aspekt des Grundsatzprogramms hin.

Brian weist auf Änderungsanträge hin. Weiterhin erzählt er von den bisherigen Gesprächen und weist auf unsere Formulierung hin. Wichtig ist, dass die Beratungspflicht wieder eingeführt würde.

Jaqueline Wuppert möchte dem nicht zustimmen, da sie Probleme mit dem Leistungstest habe.

Torben weist auf das Anstreben hin.

Sönne weist noch mal auf das Gespräch an sich hin.

Brian ergänzt die Notwendigkeit von Leistungstest. Es müsse irgendeine Art von Sortierung geben, da der Andrang auf die Gymnasien groß sei. Eine Auswahl müsse dann getroffen werden.

Christoph gibt ein Beispiel von seiner Schule. Dort hätten sie sie auch Gespräche einführen wollen. Er findet, dass die Grundlage fragwürdig sei.

Laurentz sagt zu Leistungstest, dass diese sonst Gang und Gebe seien. Durch die Konzentration auf das Abitur würden Gespräche überflüssig werden.

Bela stimmt dem Antrag zu.

Max Böge kritisiert den Wunsch nach Leistungstests.

Paul Schröder sagt, dass sei eine schlechte Basis. Wann soll es Beratungsgespräche geben? Er kritisiert diese im Allgemeinen.

Sönne gibt an Brian weiter. Der sagt, dass RS-Empfohlene Beratungsgespräche machen müssten.

--- **GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste** von Bela Haraszi (Werner-Heisenberg)

inhaltliche Gegenrede von Sönne: Es seien noch einige Punkte zu klären.

Bei 21 Stimmen dafür und einer Mehrheit auf Sicht dagegen ist der GO-Antrag abgelehnt.

--- **GO-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 90 Sekunden** von Marten. ---

--- **Weitergehender GO-Antrag auf 60 Sekunden** von Niklas. ---

--- Wiederum **weitergehender GO-Antrag auf 45 Sekunden** von Michel.

Formelle Gegenrede

Bei einer Mehrheit auf Sicht und 10 Gegenstimmen wird der GO-Antrag angenommen.

Einspruch der LVL Maïke: Es sind nur jene, welche nicht für diese Schulart empfohlen seien. Dabei sei oft der Elternwille ausschlaggebend. Auf jeden Fall seine diese entspannte Gespräche die auch Viertklässler locker bewältigen könnten.

Veljko hat 3 Fragen: Warum werden keine allg. Gespräche gefordert? Warum gibt es keine Gespräche für die eigentliche Schulartempfehlung? Was passiert mit Hauptschulempfohlenen?

Sönne sagt, dass es keine Gespräche mit Gymnasialempfohlenen gäbe. Die liege bei der Schule.

Veljko fragt nach Gemeinschaftsschule Empfehlungen am Gymnasium.

Sönne leitet weiter an Brian, der dies erklärt.

--- **GO-Antrag auf sofortige Abstimmung** von Johannes

inhaltlich Gegenrede von Sönne: Die Diskussion sei noch nicht beendet.

Die Mehrheit auf Sicht ist bei 19 Stimmen dafür dagegen. Der GO-Antrag wird abgelehnt.

Lukas erklärt den Antrag dahingehend, dass der Schüler in den Mittelpunkt rücken solle.

Christian Meyer spricht die Orientierungsstufe an, man könnte nicht hoch wechseln, da die GEMs später ihre 2. Fremdsprache bekämen.

Der LaVo bestätigt dies.

Brian spricht zum Beratungsgespräch. Diese gäbe es jahrelang und es habe immer geklappt.

Peter fordert, dass die Schule beratend sein müsse.

Brian ergänzt, dass nach den Beratungsgesprächen die Schüler auf die Schule könnten, wobei es bei

Extrema Ausnahmen gäbe.

Tanvir sagt, dass in Anbetracht der Tatsache, dass Schüler ohne Empf. aufs Gymnasium gehen. Das sei ein sehr hoher Beratungsaufwand für Viertklässler. Außerdem würden diese Beratungen kosten.

Sönne geht wieder auf den Wunsch ein. Es sei nichts Neues, warum also Bewährtes abschaffen?

ÄA5.1: | von: Landesvorstand

Konkreter Antragstext mit Begründung siehe Antragsammlung (Anlage X).

Der Änderungsantrag wurde bereits vom Antragssteller übernommen.

- MITTAGSPAUSE

TOP 16: Workshops

[JANN]

TOP 18: Kleingruppenarbeit III

TOP 19: Inklusion: Vortrag & Diskussion

Hase stellt sich selbst vor. Er ist der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen und ist zuständig für die Situation von Menschen mit allen Formen von Einschränkungen. Er ist fast taub, hat sich selbst noch nie gehört und kann nur durch die Entwicklung eines Körpergefühles dafür sprechen.

Er beginnt mit seinem Vortrag zum Thema Menschen mit Behinderungen und deren Inklusion in Schleswig-Holstein (SH).

In SH leben zur Zeit ca. 530.000 Menschen mit einer Behinderung, das entspricht 18,8% der Gesamtbevölkerung - davon sind 13.800 an Schulen. Bei einer Behinderung spricht er hier von einem mehr als sechsmonatigen Zustand, der ein bestimmtes Ausmaß an Einschränkungen mit sich bringt.

Der prozentuale Anteil steigt auch mit dem demografischen Wandel, da im Alter das Risiko für eine Behinderung steigt. Deswegen ist dieses Thema für jeden Menschen wichtig.

Hase sagt, Inklusion macht die Frage „Lassen wir jemanden in die Schule“ unnötig, da es selbst verständlich ist. Wenn dieser Zustand erreicht ist, kann man von Inklusion sprechen. Es muss jede Schule in der Lage sein, Behinderte aufzunehmen. Dabei dürfen sie aber nicht auf den Kontakt zu anderen behinderten Menschen verzichten müssen – ihr Zusammenhalt muss gestärkt werden. Trotzdem muss auch guter Zusammenhalt zwischen den nicht behinderten Schülern und ihnen bestehen.

U.a. für dieses Ziel gibt es in Kiel und Flensburg für Lehrer die Ausbildung der Inklusionspädagogik. Sie soll helfen, dass alle Schüler viel lernen können. Das Fach wird bald ein Pflichtfach in der Ausbildung sein.

Prof. Dr. Hase erkundigt sich, ob die Schüler Fragen haben und würde sie gerne beantworten.

Sönne fragt, ob auch nicht Gehörlose im Unterricht Gebärdensprache lernen sollten.

Hase bejaht, vor allem da die Gebärdensprache sehr komplex ist und als vollwertige Sprache gilt – es gibt über 55.000 verschiedene Zeichen und man kann damit sogar studieren.

Alessandra erkundigt sich, ob eine persönliche Frage in Ordnung sei und fragt dann, wann er sprechen gelernt habe.

Prof. Dr. Hase hat von Anfang an Sprechen gelernt, auch in Sprachlaboren. Da er sehr stark gefördert wurde

spricht er auch viel besser als andere Gehörlose.

Alessandra fragt danach, ob man Menschen mit psychischen und sozialen Behinderungen genauso inkludiert werden sollen, wie Menschen mit körperlichen Behinderungen.

Hase antwortet, dass eine Zwei-Klassen-Inklusion fatal wäre. Da es z.B. Schüler mit psychischen Behinderungen besonders schwer haben, sollten ihre Klassen zwei statt einen Lehrer haben.

Anna fragt nach, von welcher Schule er kommt.

Hase antwortet, dass er von einem normalen Gymnasium in Münster kommt. Damals musste er aber sehr viel Unterrichtsstoff nacharbeiten, da er nicht alles verstanden hat. Das zu lernen habe ihm aber dafür im Studium geholfen.

Da Herr Degner nicht mehr kommt, stellt Prof. Dr. Hase die Gehörlosenschule in Schleswig kurz vor. Sie hat 2.500 Schüler, von denen sind aber nur 400-500 direkt an der Schule. Sie sind in SH verteilt und die Lehrer kommen zu ihnen an die Regelschulen. Dort helfen sie den Schülern aber auch den Lehrern.

Carolin fragt, ob es auch Klassen gäbe, in denen der Lehrer eine Behinderung hat.

Hase sagt, dass es inzwischen so ist. Als er damals Lehrer werden wollte, war es ihm nicht erlaubt, da Lehrer mit Hörschädigung nicht unterrichten durften. Inzwischen gibt es diese Lehrer, aber sie „outen“ sich nicht, da sie z.B. einen Autoritätsverlust befürchten. Es gibt allerdings auch sehr offene Lehrer, diese haben weniger Probleme.

Johannes fragt, ob Herr Hase gerne richtig hören können würde.

Nach einer Pause antwortet er, dass er es nicht möchte. Er möchte unter anderem nicht hören können, da er gar nicht genau weiß, was richtiges Hören bedeutet.

Rüdiger möchte wissen, wie Hase mit Menschen umgeht, die ein Problem mit Inklusion haben.

Hase versuche immer zu erklären, es sei denn es handele sich um Diskrimination. Da arbeite er ausschließlich mit dem Gesetz.

Zum Schluss plädiert Prof. Dr. Hase dafür, dass man immer neue Modelle in der Inklusion ausprobieren sollten. So wie in Bayreuth, wo zur Zeit ein Gymnasium Hochbegabte mit geistig Behinderten zusammen lernen lässt. Dieses Modell sei sehr erfolgreich.

Lukas bedankt sich sehr bei Herrn Hase und freut sich über den Vortrag.

Lukas und Brian weisen auf die Einverständniserklärungen hin und, dass es nach dem Abendessen in den KAG's weitergeht.

- A B E N D E S S E N -

TOP 20: Kleingruppenarbeit zur Antragsphase IV

TOP 21: Anträge II

[JANN]

A5: Schulartenempfehlung | von: Der Landesvorstand

Wiederaufnahme der Debatte bei Änderungsantrag AA6 von Alessandra.

AA6 von Alessandra (Katharineum zu Lübeck)

Alessandra stellt den Änderungsantrag vor; Es gehe hauptsächlich um die Gespräche, deswegen sollten nicht mehr Schularten genannt werden, sondern sie sollten in einen extra Paragraphen bzw. einen extra Antrag auf dem nächsten LSP.

Torben argumentiert dagegen, es wurde bereits viel über die Gespräche gesprochen. Der Antrag solle so gedeutet werden, dass die Schularten enthalten bleiben sollen.

**--- GO-Antrag auf farbliche Markierung der Änderungen von Lukas F.
GO-Antrag angenommen. ---**

Paul redet dafür, es gehe darum, die Gespräche wieder einzuführen. Ein neues Antrag solle verfasst werden, der die Empfehlung wieder den Schularten anpasst.

Tanvir sagt, die Intention des Antrags sei es gewesen, Empfehlungen sollten nur für existierende Schularten ausgesprochen werden – der Teil sollte nicht gestrichen werden.

Sönne versteht die Intention Tanvirs nicht. Es könne nicht sein, dass wir uns an Schularten orientieren, die es in SH nicht gibt.

Paul stimmt zu, das sollte aber in einen separaten Antrag.

Christian findet, dass im Antrag nichts verloren geht wenn es enthalten bleibt.

**>>Erneute Delegiertenzählung vor der Abstimmung:
Delegierte: 57**

>>Änderungsantrag ÄA6

Dafür: 6

Dagegen: Mehrheit auf Sicht

Enthaltungen: 5

→ abgelehnt

ÄA7a von Max-Frederik (Gymnasium Kaltenkirchen)

Antragsteller stellt den Antrag vor: Die Intention läge darin, dass der gestrichene Teil mit den Gesprächen mit den Eltern wieder in den Antrag kommen soll; Tests sollen nicht mehr vorkommen.

Lukas J. sagt, die beiden Anträge sollten geteilt werden, damit man über beides jeweils einzeln abstimmen könne. Er stimmt den Antrag nicht zu.

Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

7b von Thorben

Es solle „ggf. auch“ geschrieben werden, die Formulierung ist zu unkonkret. Die LVL hätte bereits klargestellt, dass die Tatsache so normal sei. Es solle nicht gestrichen werden.

Maike stellt klar, dass die Tests nicht normal sind, sie wurde falsch zitiert.

Laurenz sagt, die Formulierung sei zu unkonkret, er stimmt Torben zu.

Brian weist darauf hin, dass Wiederholungen vermieden werden sollen.

Max-Frederik sagt, der Teil solle gestrichen werden, da die Tests durchaus im Gesetz dazu kommen könnten, aber die LSV das nicht als eines ihrer Ziele haben sollte.

**--- GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Florian
Inhaltliche Gegenrede Torben: Man sei zum Diskutieren hier. GO-Antrag angenommen, sofortige
Abstimmung. ---**

>>Änderungsantrag ÄA7b

Dafür: 24

Dagegen: 27

Enthaltungen: 2

→ abgelehnt

Es folgt die sofortige Abstimmung über den Hauptantrag.

>>Hauptantrag A7

Dafür: Mehrheit auf Sicht

Dagegen: 3

Enthaltungen: 2

→ angenommen

Antrag A7: Quartalsplan

[SÖNNE]

Flo stellt den Antrag und die entsprechenden Anträge für Jugend Im Landtag vertretend für den Landesvorstand vor.

Brian ergänzt ihn unterstützend.

Dafür: Mehrheit auf Sicht

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

→ angenommen

Antrag A8: Ferienkündigung von angestellten Lehrern.

Dafür: Mehrheit auf Sicht

Dagegen: 3

Enthaltungen: 1

Antrag A9: Lebensrettende Sofortmaßnahmen in der Schule lernen

Flo stellt den Antrag kurz vor.

Sönne spricht sich für die Version b) aus.

Marten findet, dass alle Fächer zugleich davon belastet werden sollten.

Flo bemerkt, dass nicht jede_r Sportlehrer_in automatisch die nötige Ausbildung besitzt, um LSM zu lehren.

Tobi spricht sich für die Version a) aus.

Christian fragt nach, ob es sich dabei um die Ausbildung für einen Erste-Helfe-Schein handele.

- Flo verneint dies.

Melf fragt, warum der Schein zu Beginn der Mittelstufe und nicht zum Ende der Mittelstufe hin erworben werden soll.

--- GO-Antrag auf Streichung der Rednerliste von Veljko.

Der GO-Antrag wird angenommen. ---

Ein Meinungsbild ergibt, dass sich der Großteil der Anwesenden für Version a) ausspricht.

**--- GO-Antrag auf Wegfallen aller Anträge, die sich mit der Version b) beschäftigen von Marthen.
Der GO-Antrag wird abgelehnt. ---**

Änderungsantrag 1:

Veljko stellt den Antrag die Formulierung „zu Beginn der Mittelstufe“ durch „jährlich“ zu ersetzen. Memmo zitiert aus einer den Anwesenden unbekannter Quelle, dass Erste-Hilfe-Kurse nicht nach zwei Jahren verfallen.

**--- GO-Antrag auf Vertagung der Abstimmung auf morgen von Alessandra.
Der GO-Antrag wird abgelehnt. ---**

**--- GO-Antrag auf sofortige Abstimmung über den ÄA von Veljko.
Der GO-Antrag wird angenommen. ---**

ÄA A9 1

→ angenommen.

ÄA A9 2:

→ zurückgezogen

ÄA 9 3:

Vom LaVo wird zu Beginn des Antragstextes „Ab Beginn der Orientierungsstufe“ hinzugefügt.

Laut Christian würde eine LSM keinen wesentlichen Kostenfaktor darstellen. Marten schlägt vor, dass erst ab der Mittelstufe ein LSM-Kurs eingeführt wird.

→ angenommen.

**--- GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Jelena.
Der GO-Antrag wird angenommen. ---**

Die Variante a) des Antrags wird mit einer Mehrheit auf Sicht angenommen.

- TAGUNGSENDE -

SONNTAG, 03.11.2013

TOP 22: Erneute Begrüßung

Lukas begrüßt am Sonntag erneut das Plenum um 10:06 Uhr. Er weist auf die Verlegung der Delegiertenzählung später hin.

TOP 23: Vorstellung anderer SVen

Konstantin Krämer berichtet vertretend für die LSV der Berufsschulen in SH.

TOP 24: Vorstellung: „tradity“

Moritz Funk stellt das Börsenspiel „tradity“ vor.

TOP 25: LSP-Gruppenfoto

Lukas leitet um 10:36 Uhr das LSP-Gruppenfoto ein und schickt alle Parlamentarier in die Mitte des Plenarsaals.

TOP 26: Aufstellung der Kandidaten

John-Lloyd Holler, Lara Hammersen, Alexander Storjohann, Janina, Veljko Tomovic werden bei einer Enthaltung als Wahlkommission gewählt; John-Llyod ist Wahlleiter.
Brian übergibt an die Wahlkommission.
John-Lloyd erklärt das Wahlprozedere.

Florian Lienau wird als Landesschülersprecher vorgeschlagen.
Torben Reck wird als Landesschülersprecher vorgeschlagen

Stellvertreter:

Alessandra Krause wird vorgeschlagen
Lukas Fokuhl wird vorgeschlagen
Sönne Jensen wird vorgeschlagen
Jeanette Bartsch wird vorgeschlagen
Niklas Heesch wird vorgeschlagen
Jann wird vorgeschlagen
Simon Becker wird vorgeschlagen
Marten Pubrok wird vorgeschlagen
Torben Reck wird vorgeschlagen
Christoph Jahnke wird vorgeschlagen
Dominik wird vorgeschlagen
Johanna Gropp wird vorgeschlagen
Nina Schneider wird vorgeschlagen

LSB-Vertreter:

Niklas
Torben
Christian
Johannes
Florian

TOP 27: Verabschiedung der ausscheidenden LaVoMi

TOP 28: Entlastung des Landesvorstandes

Maike beantragt die Entlastung des Vorstandes und der ehemaligen Mitglieder Mohammad und Lara.

GO-Antrag: Gymnasium Altenholz beantragt offene Abstimmung und eine En-Bloque-Abstimmung für den aktuellen LaVo und zwei separate Entlastungen für Memmo und Lara.

Delegiertenzählung: 56

Mehrheit auf Sicht für die Entlastung des Vorstandes (2 Enthaltungen)

Lara wird mit Mehrheit auf Sicht entlastet (2 Enthaltungen)

Sieben Enthaltungen / Acht Gegenstimmen / Mehrheit auf Sicht entlastet für Mohammad.

Es wird an die Wahlkommission übergeben.

TOP 29: Vorstellung der Kandidaten

Florian Lienau stellt sich als Kandidat für das Amt des Landesschülersprecher vor.

Torben Reckt stellt sich als Kandidat für das Amt des Landesschülersprechers vor.

Die Kandidaten für die Ämter der stellvertretenden Landesschülersprecher stellen sich kurz vor.

TOP: 31.1: Wahlen

Das Ergebnis der Landesschülersprecherwahl wird bekanntgegeben:

56 Wahlberechtigte:

Abgegebene Stimmen: 55

Florian: 50

Torben: 4

Ungültig: 1

TOP 31.2: Wahlen

TOP 32: SV-Arbeit

[JANN]

Brian und Michel stellen die Struktur ihrer SV vor und geben Tipps für sehr gute Projekte, die sie bereits durchgeführt haben.

Zur weiteren Information empfehlen sie:

www.schuelervertretung.de , www.mbf.landsh.de , www.sv-bildungswerk.de , www.sv-berater.net und www.tss-sv.de .

TOP 33: Vorstellung von MUN-SH durch Tim Wiegmann

[JANN]

Tim begrüßt das LSP, erzählt kurz von sich und dass er seit 2007 selbst Delegierter und von 2008-2010 LaVoMi war. Er ist allerdings da, um Model United Nations Schleswig-Holstein (MUN-SH) vorzustellen. MUN-SH ist ein Planspiel einer UN-Versammlung in Kieler Landtag, das einmal im Jahr mit ca. 400

Jugendlichen stattfindet. Jeder Teilnehmer ist Mitglied einer Delegation, mit der man einen Staat vor der UN vertritt. Das Planspiel geht über drei Tage, man ist in verschiedenen Gremien eingeteilt und verhandelt über internationale Politik. Es geht allerdings nicht um die eigenen Meinung, sondern man muss die Positionen seines Staates vertreten, was eine große Herausforderung sein kann.

Bei MUN-SH kann man je nach Staat in einem von 9 Gremien sitzen, sich als Journalist für Zeitung oder Fernsehen im Presseteam anmelden oder als Vertreter einer NGO teilnehmen.

Das Planspiel hat eine hohe Authentizität, so gibt es beispielsweise eine Geschäftsordnung, die der echten nachempfunden ist oder einen formellen Dresscode für alle Teilnehmer.

Die Teilnehmer übernachten in der Jugendherberge oder an einem selbstgewählten Ort. Zur Vorbereitung gibt es jeweils einen Samstag ein Vorbereitungstreffen.

MUN-SH findet vom 27.-31. März 2014 statt.

Mehr Informationen sind auf www.mun-sh.de zu finden.

Michel bedankt sich bei Tim sehr für den Vortrag über MUN-SH.

Es folgt die **Verkündung des Wahlergebnisses.**

Die Wahlkommission gibt das Ergebnis der Wahl bekannt, gewählt sind in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen:

Jeanette, Sönne, Jann, Niklas, Lukas, Alessandra, Christoph, Nina und Simon.

TOP 31.3: Wahlen

Es folgt die **Wahl des LSB-Delegierten und des Stellvertreters.**

--- **WO-Antrag auf offene Wahlen** von Alexander Storjohann.

Angenommen, es wird offen gewählt. ---

Die Kandidaten stellen sich kurz vor.

Florian wird im ersten Wahlgang mit 25 Stimmen zum Delegierten des LSB gewählt worden. Er nimmt die Wahl an.

Im zweiten Wahlgang entfallen auf Torben 7 Stimmen, auf Christian 11 Stimmen und auf Niklas 17 Stimmen.

Niklas ist im zweiten Wahlgang mit 17 Stimmen zum stellvertretenden Delegierten des LSB gewählt worden. Er nimmt die Wahl an.

TOP 35: Sonstiges, Feedback, Abschluss

Florian bedankt sich sehr für das LSP und schließt es offiziell um 14:40 Uhr.

- TAGUNGSENDE -

Zugunsten der Verständlichkeit wird in diesem Dokument lediglich die männliche grammatikalische Form verwendet, wobei selbstverständlich auch alle nicht männlichen Personen mit eingeschlossen sind.